

Stellungnahme Ewald Schurer, MdB
Deutscher Bundestag
11011 Berlin

Thema Asyl:

Um lange in Deutschland lebenden geduldeten Menschen eine Perspektive zu geben, wollen wir eine weitergehende Bleiberechtsregelung schaffen: Wir werden das Aufenthaltsgesetz so ändern, damit bislang ausreisepflichtigen Jugendlichen und Heranwachsenden nach erfolgreichem Schulbesuch sowie sonstigen ausreisepflichtigen Personen in Fällen nachhaltiger Integration ein stichtagsunabhängiges Bleiberecht eingeräumt wird. Die SPD-Bundestagsfraktion hat hierzu in der laufenden Wahlperiode mehrfach eigene Vorschläge eingebracht. Ich verweise diesbezüglich auf die Bundestagsdrucksachen 17/207, 17/7933 und 17/13483.

Sofern die Betroffenen eine Niederlassungserlaubnis, also einen unbefristeten Aufenthaltstitel, haben, ist Sozialhilfebezug unschädlich für den Aufenthalt. Etwas anderes gilt dann, wenn die Betroffenen eine Aufenthaltserlaubnis, also einen befristeten, aber verlängerbaren Aufenthaltstitel haben. Diesbezüglich ist eine Änderung bisher nicht vorgesehen. Dieser Diskurs wird aber in der SPD in der neuen Legislaturperiode zu führen sein.

Ihre Frage zum Familiennachzug betrifft nicht alle Inhaber einer Aufenthaltserlaubnis, sondern nur einzelne Aufenthaltserlaubnisse aus völkerrechtlichen und humanitären Gründen nach Kapitel 2, Abschnitt 5 des Aufenthaltsgesetzes sowie nach §§ 104a f AufenthG. In Bezug auf die zuletzt genannte Gruppe stehen wir im engen Dialog mit NGOs, die sich für eine Änderung einsetzen. Auch zu diesem Punkt werden wir in der 18. Legislaturperiode eine breite Debatte anstoßen. Auch wenn die SPD hier noch zu keiner abschließend Meinung gelangt ist, wird der Dialog gesucht. Anders bei CDU/CSU und FDP, die dies kategorisch ausschließen.

Thema Rüstungsexporte:

Die SPD will zurück zu den restriktiven Exportrichtlinien der rot-grünen Regierungszeit. Rüstungsexporte in Krisengebiete und in Länder, in denen die Menschenrechte massiv missachtet und verletzt werden, lehnen wir ab. Einer Ausweitung von Rüstungsexporten aus wirtschaftlichen Gründen und als Ersatz für eine gestalterische Außenpolitik erteilen wir ebenfalls eine Absage. Dies bedeutet auch, ein parlamentarisches Gremium im Deutschen Bundestag zu schaffen, das bei zentralen Waffenexportentscheidungen die Bundesregierung kontrolliert und das zeitnah Transparenz gegenüber Parlament und Öffentlichkeit herstellen kann. Eine mögliche Weitergabe aus Deutschland exportierter Waffen an Dritte ist wirksam zu kontrollieren und Verstöße gegen Endverbleibsklauseln sind streng zu sanktionieren.

Thema Zivile Friedensdienste:

Die SPD tritt dafür ein, dass zivile Krisenprävention und Konfliktregelung wieder Vorrang in der deutschen und europäischen Außenpolitik haben, und fordert eine Stärkung des zivilen Friedensdienstes. Wir wollen, dass Deutschland sich in Krisenregionen weltweit wieder als Führungskraft zur Problemlösung mittels Diplomatie und ziviler Hilfe engagiert und diese Ziele nicht nur die deutsche, sondern die einheitliche europäische Außenpolitik bestimmt, welche wir anstreben. Die SPD hat bereits in der Vergangenheit wichtige Instrumente des "zivilen Peacekeeping" auf den Weg gebracht, wie zum Beispiel das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF). zivile Leistungen müssen immer Vorrang vor militärischen Missionen haben. Wir wollen das unter sozialdemokratischer Führung entwickelte Konzept "Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung" weiterentwickeln. Wo immer die Sicherheitslage es erlaubt, sollten auch militärische Einsätze wieder zurückgefahren und durch zivile abgelöst werden.

Mit freundlichen Grüßen

Ewald Schurer

Ewald Schurer, MdB
Deutscher Bundestag
11011 Berlin

Tel: 030/ 227-74270

Fax: 030/ 227-76271